

[47-13.doc]

**Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:**

Herr Vorsteher,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben gar kein Problem damit, über die Entstehungsgeschichte dieses Antrags der Koalition zu sprechen, und ich bin Herrn Wehnemann auch dankbar. Er hat sehr deutlich die führende Rolle der CDU dabei hervorgehoben. Deshalb muss ich das gar nicht mehr in so drastischen Worten tun.

(Beifall)

Es ist auch richtig, dass sozusagen als Erstes im März dieses Jahres ein Antrag seiner Fraktion auf dem Tisch lag. Das bestreiten wir gar nicht. Aber, und das ist nun einmal hier auch durchaus ein üblicher Ablauf, dass, wenn ein erster Antrag auf den Tisch gelegt wird, ab und zu - und das kommt eben doch auch vor - später noch einmal bessere Anträge zu demselben Thema auf den Tisch gelegt werden.

(Beifall)

Das tut mir auch nicht leid, Herr Wehnemann, das ist dann eben so. In dem Fall kann ich Ihnen das auch an den einzelnen Punkten deutlich machen. Ich will gar nicht abstreiten, dass es manchmal Anträge gibt, bei denen es vielleicht auch aus Sicht der Opposition gar nicht so leicht nachzuvollziehen ist, wo da jetzt der große Unterschied liegen soll. Wenn man diesen Antrag der Koalition von dieser Woche liest und Ihren danebenlegt, dann kann man es aber ziemlich gut erkennen. Ich bin auch bei Ihnen, wenn es nach der CDU gegangen wäre, hätten wir den Antrag der Koalition schon im Mai fertig gehabt, aber so ist das eben in dieser Ménage-à-trois, da ziehen sich die Prozesse manchmal hin. Auf die Einzelheiten möchte ich an der Stelle gar nicht weiter eingehen.

Das Thema ist bei allem Respekt für humoristische Einlagen in unseren Augen zu ernst, denn es geht hier um Menschenrechte. Und es geht auch, und das ist auch ein Thema, über

das man nicht unnötig Scherze machen sollte, natürlich um die Frankfurter Partnerstädte und unser Verhältnis zu ihnen., Wir wollen nicht wie der Elefant im Porzellanladen herumtrampeln, sondern uns vorher - und das ist auch ein wichtiger Grund, warum es diesen Antrag der Koalition gibt - darüber Gedanken machen, was das richtige Vorgehen ist, sodass wir nicht mehr Schaden anrichten als wir eigentlich wollten, aber trotzdem deutliche Worte gefunden haben.

Was Sie versucht haben, ins Lächerliche zu ziehen, ist das, was oft Diplomatie ausmacht. Das mag uns nicht immer gefallen, weil es nicht einfach nur kracht und dann ist eine unglaublich tolle Folge eingetreten. Sondern da wird oft in Nuancen gearbeitet, und das ist beim grenzüberschreitenden Kommunizieren und beim Werte-Demonstrieren einfach der richtige Weg. Den wollen wir mit dem Antrag der Koalition einschlagen, und deswegen haben wir auch mehr Punkte aufgelistet als in dem ersten Antrag, der auf dem Tisch lag, und auch etwas andere Punkte.

Wir stehen für eine vielfältige und tolerante freiheitliche Gesellschaft. Das ist das Selbstverständnis hier in Frankfurt, aber das ist auch das Selbstverständnis der Koalition. Deswegen betrachten wir die Entwicklung im Moment in Krakau, aber auch in Budapest, was für Sie keine Bedeutung hatte, mit Sorge. Deswegen haben wir auch beide Städte und noch ein paar andere in den Antrag der Koalition aufgenommen.

Es geht auch darum - und das sage ich jetzt nicht, weil es für mich besonders erfreulich ist, aber wir landen auch in dem Punkt wieder beim Oberbürgermeister -, in den internationalen Beziehungen als Stadt Frankfurt Farbe zu bekennen und bei den Gelegenheiten, wie etwa den Auslandsbesuchen, klare Ansagen zu machen. Klare Ansagen für Toleranz, Offenheit und Diskriminierungsfreiheit, und da ist natürlich der Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin die Hauptperson, die diesen Auftrag hat. Wenn es hier etwa um Budapest geht, dann müssen wir zum Beispiel sagen, dass im Mai das ungarische Parlament ein weiteres Gesetz beschlossen hat, mit dem besonders die lebendige LSBTIQ-Community dort diskriminiert wird. Auch in Krakau gibt es die Bestrebungen, die Stadt zu einer LSBTIQ-freien Zone zu erklären. Das ist in den Anträgen auch niedergelegt. Wir wollen Ungarn und Polen durchaus daran erinnern, dass sie als EU-Mitgliedsstaaten auch Rechte von Minderheiten uneingeschränkt zu garantieren haben.

Begegnung und Austausch, gerade bei Städtepartnerschaften, geben immer wieder Impulse für das friedliche Zusammenleben der Völker. Aber in nicht wenigen Frankfurter Partnerstädten ist gerade die Menschenrechtsslage immer schon schwierig gewesen. Das betrifft neben den Städten, die wir eben genannt haben, bei denen wir uns Sorgen über die Entwicklung machen, auch Städte wie beispielsweise Guangzhou, Ho-Chi-Minh-Stadt, Kairo, Dubai, Eskişehir oder auch Granada. Dort sind in den vergangenen Jahren teilweise in erheblichem Ausmaß Menschenrechte zurückgefahren worden. Umso wichtiger ist es, dass Delegationen - ob des Bundes, der Länder oder auch von Städten wie Frankfurt - vor Ort die

Gelegenheit nutzen und wahrnehmen, die Menschenrechtslage offensiv anzusprechen und Kontakt zu Oppositionsgruppen, freien Medien und Gewerkschaften zu suchen.

Derzeit ist dies bei Delegationsreisen der Stadt Frankfurt leider nicht üblich, und es ist auch ein bisschen betrüblich, dass Versuche, dies in der Vergangenheit auf die Pläne der Reisen zu setzen, vom Oberbürgermeister immer wieder regelhaft abgelehnt wurden. Da ist auf jeden Fall ein Umdenken notwendig, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Angesichts der Entwicklungen in Polen und Ungarn darf Frankfurt nicht sprachlos sein, sondern muss an der Seite der Betroffenen stehen. Wir fordern den Oberbürgermeister auf, gerade mit Krakau und Budapest Kontakt aufzunehmen, um die Frankfurter Position in aller Freundschaft deutlich zu machen und auch beim nächsten Besuch einer Delegation etwa in diesen beiden Partnerstädten Gespräche mit der LSBTIQ-Community dort zu führen. Gut ist, dass im August Frau Stadträtin Professor Dr. Birkenfeld in ihrer Eigenschaft und in ihrer Zuständigkeit für die soziale Zusammenarbeit zwischen den Partnerstädten Krakau und Frankfurt am Main in einem Brief an den dortigen Stadtpräsidenten unter anderem klar gesagt hat, „dass sie es begrüßt, dass die Stadt Krakau ihrer freiheitsliberalen Tradition treu bleibt, und dass sie Schutz vor sexueller Identität als elementaren Bestandteil der Stadtpolitik erachtet.“ Zudem führte die Stadträtin aus: „Auch die Stadt Frankfurt am Main setzt sich seit vielen Jahren für die Rechte von Minderheiten und die sexuelle Selbstbestimmung ein. In meinem Dezernat gibt es viele Projekte, die dieser Zielsetzung dienen. Gerne würde ich mich mit Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Kulig, auch zu diesen Projekten und den damit verbundenen Erfahrungen in einen Austausch begeben.“

Das ist vorbildlich. So wünschen wir uns das, und so muss das aber auch von der Spitze der Stadtverwaltung erfolgen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Gerade eine so offene und liberale internationale Stadt wie Frankfurt am Main sollte in Menschenrechtsfragen vorbildhaft handeln, durch ihre Person an der Spitze allemal. Diese Aufgabe kommt in besonderem Maße eben der Stadtregierung und den Körperschaften zu, nicht zuletzt bei diplomatischem Austausch wie Reisen ins Ausland.

Ich möchte abschließend sagen, bei den Punkten, die Sie in dem Antrag der Koalition finden - wenn Sie die neben den ursprünglichen Antrag der Fraktion DIE FRAKTION legen - dann gibt es vielleicht zwei Punkte, an denen der Unterschied am klarsten zutage tritt. Zum einen

erschien uns dieser Automatismus, der in dem ursprünglichen Antrag vorgesehen war, nicht sachgerecht. Vielmehr muss man stufenweise vorgehen, und gerade im diplomatischen Bereich kann ein vorheriges Festlegen, wie die nächsten Verhaltensweisen sein sollen, ohne sensibel reagieren zu können, oft die notwendige Klugheit vermissen lassen.

Zum anderen, auch das spielt eine Rolle, warum wir gesagt haben, wir nehmen uns die Zeit und machen einen richtigen gut durchdachten Antrag:

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Ulrich Baier:**

Kommen Sie bitte zum Ende.

**Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:**  
(fortfahrend)

Es gibt natürlich ein besonderes Verhältnis zu Polen, einem Land, mit dem wir uns versöhnen wollten und weiterhin versöhnen wollen. Auch das ist ein Argument, gerade bei diplomatischem Austausch und dem kritischen Diskurs über die Werte, die man vielleicht gegenüber dem anderen Land betonen will, mit der nötigen Feinfühligkeit vorzugehen und eben nicht wie der Elefant im Porzellanladen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall)